



Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Montag, 11.03.2013
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	STV/022/13

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Bleichstraße" (Teilbereich);
a) Ergebnis der Beteiligung der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange
sowie der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs
b) Satzungsbeschluss (§§ 5 HGO und 10 BauGB)
Vorlage: 0010/S/13
- 4 Kenntnisnahme der Verfügung zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung der
Haushaltssatzung 2013
Vorlage: 0025/S/13
- 5 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage östlich der
Ringstraße“;
a) Ergebnis der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1
Baugesetzbuch (BauGB) und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden nach § 4
Abs. 1 BauGB
b) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs
gemäß § 3 Absatz 2 BauGB
Vorlage: 0027/S/13
- 6 Neufassung Taxentarif
Vorlage: 0031/S/13
- 7 Kunstgestaltung der Bahnunterführung "Karlstraße" durch hiesige Schule
hier: Gemeinsamer Antrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion vom 05.09.2012 sowie
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2012 und Änderungsantrag der
Fraktion GuD vom 02.03.2013
Vorlage: 0218/S/12
- 8 Graffitikunst in Bahnunterführungen durch Gernsheimer Jugendliche
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 06.09.2012 sowie Änderungsantrag der Fraktion
GuD vom 02.03.2013
Vorlage: 0220/S/12

- 9 Einrichtung eines "Gernsheimer Kulturweges"
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2013
Vorlage: 0014/S/13
- 10 Erhebung einer Leihgebühr oder einer Jahresgebühr in der Stadtbücherei für Ausleihen
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 06.02.2013
Vorlage: 0029/S/13
- 11 Tag der Rettungsdienste am 09.06.2013
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 06.02.2013 sowie Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2013
Vorlage: 0030/S/13

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt begrüßt alle Anwesenden, ganz besonders Herr Gilbert von der Presse und die Zuhörerinnen und Zuhörer und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Er teilt mit, dass Herr Friedhelm Bang, Frau Miriam Saltzer und Herr Ali Riza Dogan für die heutige Sitzung entschuldigt sind.

Weiterhin teilt er folgendes mit:

Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über den Leinenzwang während der Brut- und Setzzeit, Vorlage: 0037/S/13

Diese Vorlage wurde den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung mit dem Sitzungsversand zugestellt und müsste heute als TOP 12 auf die TO der Stadtverordnetenversammlung genommen werden. Herr Burger wird die TO-Erweiterung entsprechend beantragen.

Des Weiteren wurde den Damen und Herren der STVV sowie des Magistrats Grüße aus der Partnerstadt Bar-sur-Aube zum 50jährigen Bestehen des deutsch-französischen Freundschafts-Vertrages am 22.01.2013 übermittelt. Der Schriftverkehr sowie die Übersetzung wurde den Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats heute auf den Tischen verteilt.

ZU TOP 3

Zur Vorlage 0010/S/13 i. S. Aufstellung eines Bbplans mit der Bezeichnung „Bleichstraße“ wurde am 06.03.2013 ein Änderungsantrag der GuD vorgelegt. Zu den **TOP 7 und 8** Kunstgestaltung bzw. Graffitikunst an Bahnunterführungen wurde aufgrund des Vortrages von Fr. Mohr von der Stadt Raunheim im JKSS und HFA am 06.03.2013 vereinbart, dass für die nächste Sitzungsrunde ein modifizierter

Antrag vorgelegt wird.

Zu TOP 9

Hier bestand im JKSS und im HFA Einvernehmen, dass der Antrag in die nächste Sitzungsrunde geschoben wird.

Zu TOP 11:

Zum Antrag der CDU-Fraktion i. S. Tag der Rettungsdienste (0030/S/13) wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Ergänzungsantrag vorgelegt.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, die Vorlage 0037S/13 i. S. Leinenzwang während der Brut- und Setzzeit als TOP 12 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Weiterhin beantragt er, die Vorlage 0052/S/13 i. S. An- und Verkauf von Grundstücken als TOP 13 auf die Tagesordnung zu nehmen und diese in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Erweiterung der Tagesordnung um die TOP 12 und 13: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Behandlung der Vorlage 0052/S/13 in nicht öffentlicher Sitzung: Zustimmung

Ja-Stimmen : 23 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 4 (GuD)
Enthaltung : 1 (GuD)

1 Bericht des Magistrats

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

1.1 Photovoltaik an Autobahnen und Eisenbahnen hier: Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 13.08.2012

Kurzbeschreibung

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 26.09.2012 mehrheitlich beschlossen, den Magistrat mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Erstellung eines Realisierungs- und Umsetzungskonzeptes „Photovoltaik an Autobahnen und Eisenbahnlinien“ einen Beitrag zu der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende liefern kann. Dabei sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

Autobahn Gemarkung Gernsheim an der A67 Eisenbahn Gemarkung Gernsheim an der Streckenlinie Frankfurt/Mannheim Interessensabfrage bei den Nachbarkommunen Biebesheim, Pfungstadt, Alsbach-Hähnlein und Groß-Rohrheim

Gegenstand des Prüfergebnisses sollten weiterhin Kontaktgespräche JUWI Solar (Wörrstadt), Referenzprojekt A 81 Tauberbischofsheim sowie Realisierbarkeit eines Bürgergenossenschaftsmodells sein; des weiteren war auf die Belange der Landwirtschaft ein besonderes Augenmerk zu richten.

Die von der Verwaltung zwischenzeitlich vorgenommene Überprüfung hat folgenden Sachverhalt ergeben:

Nach Prüfung des Beschlusses durch die Verwaltung wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung eine Empfehlung dahingehend auszusprechen, die Verwaltung von weiteren Prüfaufgaben zu entbinden, da aufgrund der bisher gewonnenen Erkenntnis keine Aussicht auf Umsetzung zu erwarten ist.

Begründung:

Nach der Annahme des Prüfantrags in der Stadtverordnetenversammlung wurde von der Verwaltung Kontakt mit Hessen Mobil, Straßen- und Verkehrsmanagement, als auch der Deutschen Bahn aufgenommen.

- In der Antwort von Hessen Mobil heißt es:

*„Zu Photovoltaik an BAB gibt es bisher wenig Erfahrungen. Generell ist zu sagen, dass gem. § 9 Fernstraßengesetz ein Anbauverbot von 40 m für Hochbauten und bauliche Anlagen gilt. Falls eine Unterschreitung des Anbauverbotes beantragt wird, muss geprüft werden, inwieweit eine Ausnahme genehmigungsfähig wäre. Dabei sind **Ausbauabsichten** zu berücksichtigen. Wenn eine Ausnahme erteilt werden kann, dann erfolgt diese nur auf jederzeitigen Widerruf. Belange der Verkehrssicherheit (evtl. erforderliche Schutzeinrichtungen vor der Anlage) sind genau so prüfen, wie ggfs. Fragen zur Entwässerung, etc, falls die Anlagen auf einem Lärmschutzwall oder ähnlichem installiert werden sollten, wobei der LSW nicht in der Baulast des Bundes liegen sollte. Falls Flächen des Bundes betroffen wären, wäre ein Nutzungsvertrag mit Nutzungsentgelt abzuschließen, auch dies kann nur auf jederzeitigen Widerruf erfolgen. Eine genauere Stellungnahme kann erst im Fall eines konkreten Antrags mit genauen Angaben der Flächen, Abstand usw. abgegeben werden.“*

Für den Autobahnbereich Gernsheim der A 67 gibt es konkrete Ausbauabsichten auf sechs Fahrspuren. Im Regionalplan Südhessen 2010 wird der Autobahnabschnitt zwischen Lorsch und Darmstadt unter den „verbindlichen, abschließend abgewogenen Zielen zur Ergänzung des Straßennetzes“ aufgeführt. Für die Stadt Gernsheim genießt darüber hinaus das Verfahren zur Erneuerung der Anschlussstelle Gernsheim eine besondere Priorität — neben der Verbreiterung der Fahrspuren.

In alle —flächenmäßigen- Überlegungen einzubeziehen ist das weitere Verfahren zum Bau der geplanten ICE-Neubaustrecke Rhein/Main — Rhein/Neckar, für die eine Trassenbündlung entlang der A 67 präferiert wird.

- Eine Antwort der DB zum Prüfantrag liegt bisher nicht vor.
- Eine Interessensabfrage mit Nachbarkommunen und einschlägig bekannten Firmen oder gar Überlegungen zur Realisierbarkeit eines Bürgergenossenschaftsmodells **wurden aus folgenden Gründen nicht vorgenommen:**

Der (neue) Regionalplan Südhessen hat zur Nutzung solarer Strahlungsenergie

eine Zielaussage getroffen:

„Raumbedeutsame Großanlagen zur Nutzung der solaren Strahlungsenergie sind außerhalb der „Vorranggebiete für Natur und Landschaft“, der „Vorranggebiete für Landwirtschaft“, der „Vorranggebiete für Forstwirtschaft“, der „Vorranggebiete für vorbeugenden Hochwasserschutz“ und der Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten zu errichten“.

Bei den Zielen der Regionalplanung handelt es sich um verbindliche Vorgaben. Wirft man einen Blick auf die Karte des Regionalplans Südhessen wird erkennbar, dass die Gemarkungsteile von Gernsheim sogar mit allen der besonders ausgewiesenen (Schutz)-Gebiete auf großer Fläche überlagert sind, die somit einen normierten Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen genießen, und dieses Privileg vermutlich auch mit Erfolg im Falle eines Abweichungsverfahrens von den Zielen der Regionalplanung geltend machen würden. Eine Rücksprache mit dem Dezernat für Regionalplanung im Hause des Regierungspräsidiums führte zu keiner anderen Einschätzung.

Bisherige Veranlassung

Die von der Verwaltung vorgenommene Überprüfung lässt im wesentlichen erkennen, dass eine weitere Umsetzung des Prüfantrages gegenwärtig nicht gegeben ist. Allein die Zielaussagen des Regionalplans als verbindliche Planungsvorgabe sprechen dagegen, ebenso die zu erwartenden Planfeststellungsverfahren im Bereich der A 67.

Insoweit wird empfohlen, den Prüfantrag vorerst als erledigt anzusehen.

Im Rahmen der Aussprache zum Magistratsbericht fragt Herr Deboy an, warum seitens der Bahn noch keine Rückmeldung erfolgt ist. Er weist darauf hin, dass erst bei Vorliegen der noch ausstehenden Ergebnisse der Antrag ggf. seitens der SPD-Fraktion zurückgezogen würde. Herr Bürgermeister Burger führt aus, dass seitens des Bauamtes durch Herrn Pfeifer bereits mehrfach ohne Erfolg nachgefragt wurde. Herr Burger bittet darum, die Verwaltung bezüglich des Antrages zu entlasten und sagt zu, dass die Bahn nochmals um Auskunft gebeten wird. Herr Deboy erklärt dass die Bearbeitung des beschlossenen Prüfantrags so lange noch nicht beendet ist.

1.2 Sozialer Wohnungsbau

hier: Mögliche bauliche Verdichtungen durch zusätzliche Bebauungen

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass bezüglich einer Verdichtung im Bereich Buchenweg in Form eines Anbaues an die vorhandenen Gebäude mit dem Bauträger Ried eG Kontakt aufgenommen wurde. Eine Antwort seitens der Ried eG steht noch aus.

1.3 Optimierung von öffentlichen Fernsprechkzellen

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass die Deutsche Telekom mit Schreiben vom 21.02.2013 mitgeteilt hat, dass die öffentlichen Telefonstellen bundesweit kontinuierlich Umsatzrückgänge verzeichnen, was sich vor allen durch eine flächendeckende Versorgung mit Festnetzanschlüssen und die immer größer werdende Nutzung im Mobilfunkbereich erklärt.

Auf die Standorte „Mannheimer Straße 4“ und „Einsiedlerstraße 35“ trifft dies besonders zu. Für diese öffentlichen Fernsprecheinrichtungen besteht leider nahezu keine Nachfrage mehr.

Die Deutsche Telekom plant daher, diese beiden Fernsprecheinrichtungen abzubauen.

Herr Bürgermeister Burger bittet um Rückmeldung bezüglich der Entbehrlichkeit der öffentlichen Fernsprechzellen an die Verwaltung.

1.4 Sauberhaftes Hessen

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass am 09.03.2013 die Aktion „Sauberhaftes Hessen“ stattfand.

In Gernsheim waren rund 200 Helfer im Einsatz. Es wurde ca. 20 cbm Müll gesammelt.

1.5 Gedenken der Verstorbenen des Beschusses von Gernsheim in der Nacht auf den 26.03.1945

Auch in diesem Jahr wird am 26.03.2013 an die 16 Verstorbenen des Beschusses in der Nacht vom 25.03. auf den 26.03.1945 gedacht. Herr Bürgermeister Peter Burger sowie Herr STVV Manfred Schmitt werden am Dienstag, 26.03.2013 um 12:00 Uhr am Ehrenmal einen Kranz niederlegen. Weiterhin wird mit besonderem Läuten der Kirchenglocken der Katholischen Kirche St. Maria Magdalena am 26.03.2013 nach 12:00 Uhr an die Verstorbenen gedacht.

1.6 Kündigung der Stützpunktvereinbarung für die Stützpunktfeuerwache Gernsheim

Der Kreis Groß-Gerau hat zwischenzeitlich die bestehende Stützpunktvereinbarung mit den drei Feuerwehrstützpunktstandorten Rüsselsheim, Groß-Gerau und Gernsheim gekündigt, da nach Auffassung des Kreises eine Neuberechnung der Kostenanteile erforderlich wird. Ursache hierfür ist die seitens des Kreises Groß-Gerau getroffene Aussage, dass es eine Verschiebung zwischen den örtlichen Aufgaben im Verhältnis zu den überörtlichen Aufgaben (des Kreises) gibt, die dazu führt, dass die bisherigen Kostenanteile seitens des Kreises vermindert werden sollen. Es ist vorgesehen, den Kreisanteil von Euro 37.500,00 jährlich auf Euro 26.000,00 zu reduzieren. Die seitens der Schöfferstadt Gernsheim vorgenommenen Berechnungen ergeben jedoch, dass u. E. ein höherer Kreisanteil als bisher gezahlt (von ca. Euro 59.500,00) zutreffend ist.

Insoweit bleibt es den weiteren Verhandlungen beim Kreis Groß-Gerau vorbehalten, welche Beträge für die kommenden Haushaltsjahre vereinbart werden.

1.7 Änderung des Friedhofs- und Bestattungsrechts; hier: Ausnahmen von der Sargpflicht

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 06.03.2013 aufgrund der Änderung des Hessischen Friedhofs- und Bestattungsgesetzes zum 02.02.2013 beschlossen, der Friedhofsverwaltung im Einzelfall nach Anhörung des Gesundheitsamtes zu gestatten, Bestattungen aus religiösen Gründen ohne Sarg zu genehmigen.

Durch die rechtliche Veränderung, die zum 01.01.2013 in Kraft tritt, kann nun der Magistrat nach Anhörung des Gesundheitsamtes aus religiösen Gründen die Bestattung ohne Sarg gestatten.

Die Friedhofsverwaltung wird das Gespräch mit dem Gesundheitsamt des Kreises Groß-Gerau suchen, um festzulegen, wie bei künftigen Anfragen auf Bestattung ohne Sarg zu verfahren ist. Eine kurzfristige Entscheidung muss daher gewährleistet sein.

1.8 Verlängerung der Marie-Curie-Straße bis B 44; hier Auftragsvergabe Straßenbau, Grundstücksentwässerung, Wasserversorgung und Nebenarbeiten

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 06.03.2013 der Firma Hebau GmbH, Carl-Zeiss-Straße 11, Mainz den Auftrag zur Durchführung der vorgenannten Arbeiten erteilt. Aus der öffentlichen Ausschreibung, bei der 10 Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden, wurden 7 Angebote vorgelegt. Die Firma Hebau GmbH hat dazu das preislich wirtschaftlichste Angebot abgegeben, so dass der entsprechende Auftrag an die Firma zu erteilen war.

1.9 Baugebiet östlich der Ringstraße; Auftragserteilung von Ingenieurleistungen an das Büro Eckert, Mühlthal

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 06.03.2013 den Auftrag über Ingenieurleistungen für die o.g. Baumaßnahme an das Büro Eckert, Mühlthal erteilt. Es wurde die Leistungsphasen 5-8 sowie die örtliche Bauleitung für die Erschließung des geplanten Baugebietes östlich der Ringstraße vergeben.

Dies betrifft die Gewerke Verkehrsanlagen, Entwässerungsanlagen, Wasserversorgung. Die Honorare sind gemäß HOAI als angemessen anzusehen.

1.10 Auftragserteilung für die Heizungs-, Sanitär- und Lüftungsanlage für den Neubau der Kinderkrippe Eulennest

Der Magistrat hat dem Planungsbüro für Versorgungstechnik Sedlacek aus Viernheim den Auftrag für die Heizungs- und Sanitärplanung der Leistungsphasen 1-4 für den Neubau einer Kinderkrippe für drei Gruppen mit einem Verbindungsgang zur vorhandenen Kinderkrippe „Eulennest“ im Konrad-Adenauer-Ring 5-5e gemäß Angebot vom 15.02.2013 zum Preise von € 6.783,92 einschl. Mehrwertsteuer erteilt.

Die erforderlichen Mittel stehen unter dem Produkt: 11108 und der Investitionsnummer I-11108023 zur Verfügung.

1.11 Unvermutete Kassenprüfung 2013

Die Stadtkasse wurde gemäß § 131 der HGO in der Zeit vom 06.02.2013 bis 20.02.2013 (mit Unterbrechung) unvermutet geprüft. Die Prüfung der Kassenvorgänge hat ergeben, dass ausweislich des Prüfungsergebnisses die Prüfung zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben hat und die im Prüfungsbericht über die vorangegangene Kassenprüfung enthaltenen Prüfungsbemerkungen erledigt wurden. Die Prüfung führte zu keinen Hinweisen seitens des FB Revision. Für die Prüfung selbst sind Gebühren in Höhe von Euro 2.954,64 angefallen.

1.12 Hinweise auf Veranstaltungen Gutshof "Klostereck" und Bürgerversammlung

Am Mittwoch, den 13.03.2013 findet um 19:00 Uhr in der Alten Schule in Klein-Rohrheim eine Informationsveranstaltung des Magistrats statt. Vorgesehen ist dabei ein Vortrag der Familie Udo Pfeil über die beabsichtigte Entwicklung und die vorgesehenen Baumaßnahmen des Gutshofes „Klostereck“. Am Dienstag, den 19.03.2013 findet in der Stadthalle um 19:00 Uhr eine Bürgerversammlung statt. Als Tagesordnungspunkte sind derzeit der Zwischenbericht Integriertes Handlungskonzept der Firma Eigler & Partner, ein Bericht über die finanzielle Situation der Stadt sowie zum Verfahrensstand des Bürgerbegehrens Hallenbad vorgesehen.

1.13 Einrichtung eines Waldkindergartens

Am Freitag, den 08.03.2013 fand ein Grundlagenseminar bei Hessenforst in Weilburg statt. Als Vertreter der Schöfferstadt Gernsheim war Herr Marx anwesend. Konkret ging es bei diesem Termin um Fragen der Verkehrssicherungspflicht sowie Haftungsfragen aus der Sicht der Waldpädagogen. Wichtig ist nun zuerst die Erstellung eines Konzeptes, wie und zu welchen Bedingungen ein Waldkindergarten geführt werden kann. Hier sind umfangreiche Abstimmungen mit dem Hessen-Forst vorzunehmen, damit die Rahmenbedingungen in die erforderliche Dienstanweisung für den Betrieb eines Waldkindergartens einfließen können. Beispielsweise sind Verkehrssicherungspflichten, Baumkontrollen u. ä. zu klären. Zuerst soll jedoch eine Umfrage bei den Eltern von Kindern im Alter von 0-3 Jahren durchgeführt werden, um überhaupt feststellen zu können, ob grundsätzlich Interesse an der Errichtung eines Waldkindergartens besteht. Bei entsprechender Nachfrage ist eine Abstimmung mit dem Kreisjugendamt Groß-Gerau vorzunehmen, die die inhaltlichen Konzepte und die Frage der Betriebserlaubnis zu prüfen haben.

1.14 Landeszuwendung Sprachförderung im Kindergartenalter

Seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt ist am 06.03.2013 der

Bewilligungsbescheid für eine Landeszuwendung in Höhe von € 12.250,00 für die Förderung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter bei der Schöfferstadt Gernsheim eingegangen. Die Gesamtausgaben für das Projekt belaufen sich auf ca. € 28.200,00, für das seitens der Schöfferstadt Gernsheim € 15.950,00 zu der Maßnahme in den Kindertagesstätten zugeschossen werden.

1.15 Masterarbeit zu denkmalgeschützten Gebäuden in Gernsheim

Am 07.03.2013 fand ein gemeinsames Gespräch zwischen den Eigentümern mehrerer denkmalgeschützter Gebäude, Frau Prof. Dr. Rohn und Herrn Prof. Dr. Ing. Ulrich Schütz bei der Schöfferstadt Gernsheim statt. Im Studiengang „Bauen im Bestand“ wurden mehrere denkmalgeschützte Objekte (Haus „Zum Löwen“, Rheinkino, Objekt Ecke Rheinstraße/Hafenstraße) von Studenten des vorgenannten Studiengangs hinsichtlich möglicher Veränderungen geprüft. Hierbei wurden die vorhandenen Baupläne teilweise ergänzt, überarbeitet oder auch neu aufgenommen, sofern keine Unterlagen verfügbar waren. Studentinnen und Studenten des zweiten Semesters haben dazu Vorstellungen zum Bauen entwickelt und die vorgenannten Objekte ausgewählt. Frau Prof. Dr. Rohn bescheinigt, dass es ein sehr schwieriges Arbeitsgebiet sei, da die B 44 Lösungen für ein passendes Gesamtensemble sehr erschwere. Es wurden verschiedene Nutzungsideen entwickelt, die sinnvolle Entwicklungsalternativen aufzeigen. Dabei wurden beispielsweise die Einbindung ins Radwegenetz, eine verbesserte Tourismusnutzung und ähnliches mit angedacht. Für die genannten Objekte wurden den Eigentümern Projektmappen übergeben, die diese weiter verwenden können. Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass alle Sanierungsmaßnahmen eine Kooperation zwischen den Eigentümern, der Stadt und vor allen Dingen dem Denkmalschutz erforderlich machen. Seitens der Eigentümer wird konkret darüber Beschwerde getragen, dass bisherige Projekte am Denkmalschutz gescheitert seien. Finanzielle Erwägungen, beispielsweise das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag würden von Seiten des Denkmalschutzes konterkariert. Für die Schöfferstadt Gernsheim wurde eine CD mit allen Entwürfen der studentischen Arbeiten übergeben. Des Weiteren ist angedacht, im Sommer 2013 eine Ausstellung der studentischen Arbeiten in Gernsheim selbst durchzuführen.

1.16 Aktueller Stand der städtischen Finanzen

Kurzbeschreibung

- (1) Seit dem 01.02.2013 konnten durch Anpassungen von Gewerbesteuervorauszahlungen auf Grundlage mehrerer Bescheide der Finanzämter **Mehrerträge** von insgesamt **rd. 518 TEUR** erzielt werden. Diese wirken sich im Jahr 2013 aus.
- (2) Mit Bescheiden vom 06.02.2013 (Posteingang: 07.02.2013) erhielten wir die Mitteilungen über die Zerlegung von Gewerbesteuermessbeträgen für Zwecke der Vorauszahlungen der Jahre 2011, 2012 und 2013 eines hier ansässigen Unternehmens.

2011: **+ 74.423 EUR**

2012: - **4.939.500 EUR** (von 4.939.500 EUR auf 0
EUR)
2013: - **4.228.801 EUR** (von 5.076.709 EUR auf
847.908 EUR)

Hinweis zu 2012: Im Rahmen der vorläufigen Jahresabschlusserstellung 2012 wurde bereits eine Rückstellung in Höhe von 2.808.958 EUR (→ brutto: 3.475.000 EUR) gebildet. Diese Rückstellung ist nun nach oben auf insgesamt **3.971.307 EUR** (netto) anzupassen. Das Ergebnis des Jahres 2012 wird durch die Auflösung der in 2010 gebildeten Rückstellung im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (1,0 Mio. EUR) jedoch nur wenig belastet.

Hinweis zu 2013: Die Festsetzung der Vorauszahlung (rd. 5,0 Mio. EUR) für das Jahr 2013 erfolgte auf Basis des Jahres 2012. Durch das Unternehmen wurde bereits 2012 signalisiert, dass die Vorauszahlung nicht in der veranlagten Höhe Bestand haben wird, weshalb man in der Haushaltsplanung auch mit rd. 2,75 Mio. EUR plante. Die nun festgesetzten **847.908 EUR** für 2013 liegen jedoch weit unter dem, was man im Vorfeld seitens des Unternehmens mitgeteilt bekommen hat.

- (3) Die zum 01.03.2013 vorgenommene Hochrechnung des Jahresergebnisses 2013 ergibt einen zusätzlichen ordentlichen Fehlbedarf von **rd. 1,5 Mio. EUR**. Grund hierfür ist die unter Punkt (2) angesprochene Anpassung der Gewerbesteuvorauszahlungen. Der prognostizierte ordentliche Fehlbedarf des Jahres 2013 erhöht sich damit auf insgesamt **rd. 3,3 Mio. EUR**. Nähere Informationen hierzu ergehen im 1. Finanzbericht 2013, welcher der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 07.05.2013 vorgelegt wird.

In der Sitzung der Projektgruppe „Haushaltssicherung“ am 06.03.2013 wurde festgelegt, die bestehenden Haushaltsansätze im Rahmen einer Verfügung durch den Bürgermeister um 15% zu kürzen. Zu bedenken ist, dass bereits in die Haushaltsplanung 2013 eine Kürzung der Ansätze um 10% erfolgt ist (→ Gesamtkürzung somit knapp 25%). Darüber hinaus wird der Magistrat die Ertragseite prüfen und der Stadtverordnetenversammlung entsprechende Beschlussvorlagen zur Einnahmesteigerung erstellen.

Mit Blick auf die Verfügung des Landrates zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Haushaltssatzung 2013 sind weitere Maßnahmen zu beschließen, um das strukturelle Defizit der Schöfferstadt Gernsheim nachhaltig zu konsolidieren.

Bisherige Veranlassung

zu Punkt (1): Berichte des Bürgermeisters im Magistrat seit 06.02.2013

zu Punkt (2): Bericht des Bürgermeisters im Magistrat am 19.02.2013 (Punkt 2)

zu Punkt (3): Bericht des Bürgermeisters im Magistrat am 19.02.2013 (Punkte 2 und 3)
Bericht des Bürgermeisters im Magistrat am 06.03.2013 (Punkt 5)

2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers

2.1 Grüße aus Bar-sur-Aube

Den Damen und Herren der STVV sowie des Magistrats wurden aus der Partnerstadt Bar-sur-Aube zum 50jährigen Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22.01.2013 Grüße übermittelt. Der Schriftverkehr sowie die Übersetzung wurde den Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats heute auf den Tischen verteilt.

2.2 Bürgerversammlung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt weist nochmals auf die am 19.03.2013 um 19:00 Uhr stattfindenden Bürgerversammlung hin. Er bittet Herrn Gilbert von der Presse, dies nochmals korrigiert im Ried-Echo zu veröffentlichen, da seitens des Ried-Echos der Beginn der Bürgerversammlung fehlerhaft mit 20:00 Uhr angekündigt wurde.

Herr Gilbert sagt eine Korrektur zu.

3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim; Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Bleichstraße" (Teilbereich);

- a) Ergebnis der Beteiligung der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs
- b) Satzungsbeschluss (§§ 5 HGO und 10 BauGB)

Vorlage: 0010/S/13

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Weyrauch für die FWG-Fraktion mit, dass seines Wissens nach ein Anwohner der Mühlstraße vor dem Bau seines Hauses ein Gespräch im Bauamt geführt habe. In diesem Gespräch wurde ihm von einem Mitarbeiter des Bauamtes mitgeteilt, dass es auf dem Gelände der ehemaligen Wasserscheide entweder niedrige Gebäude oder sogar nur Bäume gepflanzt werden sollen. Daraufhin hat dieser Anwohner sein Haus nicht an der Straße, sondern rückversetzt in Richtung Garten gebaut.

Herr Bürgermeister Burger bittet darum, dass Herr Weyrauch „Ross und Reiter“ nennen solle. Herr Weyrauch teilt mit, dass dies Herr Karl-Heinz Bonifer gewesen sei.

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass er sich nicht vorstellen kann, dass seitens des Bauamtes eine solche Aussage getroffen wurde.

Herr Kramer bittet für die SPD-Fraktion um Klärung, ob diese Aussage seitens des Bauamtes getroffen wurde.

Zur Vorlage 0010/S/13 wird seitens der Fraktion GuD folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Beschluss:

Der Vorlage des Magistrats wird zurückgestellt und vorerst nicht beschlossen.

Bis zur Wiedervorlage und abschließender Beratung der Vorlage ist ein Informations- und Beratungsgespräch mit den betroffenen Hauseigentümern der Mühlstraße, den Betreibern des Hauses Rheinaue sowie dem Magistrat und der Bauverwaltung zu führen. Dabei sollen im Dialog die heute erkennbaren widerstrebenden Interessen erörtert und mögliche Änderungsvorschläge zum Bauvorhaben bewertet und in die Vorlage des Magistrats aufgenommen werden.

BESCHLUSS:

Beschlussfassungen zu a)

Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit

- Verena und Bernhard Bonifer, Mühlstraße 10, Gernsheim
- Johanna und Karl-Heinz Bonifer, Mühlstraße 10,
- Kerstin und Alexander Mühlum, Mühlstraße 10
- Karin Meister, Mühlstraße 12
- Michael Marquard, Mühlstraße 14a,

Text (gleichlautend): „Die geplante Erweiterung des Senioren- und Pflegeheims in der vorgesehenen Höhe und in unmittelbarer Nähe zu unserer Wohnhausgrenze ist für uns nicht akzeptabel. Durch die geplante Höhe des Bauprojektes ist eine Minderung der Wohnqualität durch mangelnde Sonneneinstrahlung bzw. stark eingeschränkte Lichtverhältnisse zu erwarten. Sollte der geplante Neubau erfolgen, ist eine Qualitäts- und Wertminderung unseres Hauses gegeben“.

- Renate Altenbeck, Mühlstraße 8, Gernsheim

„Bedingt durch die geplante Gebäudehöhe von 15,88 m und der vorgesehenen Abstandsentfernung von 3,00 m zur Grundstücksgrenze der Grundstücke Mühlstraße 8-14 gehe ich von Schattenwurf auf die Grundstücke aus. Mein Garten in der Mühlstraße 8 ist durch Grenzbebauung bereits in der Sonneneinstrahlung benachteiligt. Als Floristin verbringe ich meine Freizeit in meinem Garten und verwende viel Zeit für die Gestaltung und Pflege meiner Anlage. Die Baumaßnahme würde die Sonnlichteinwirkung noch weiter einschränken. Nach Inbetriebnahme der Einrichtung rechne ich durch den 24/365-Betrieb mit verstärkter bzw. ständiger Geräuscentwicklung der Mühlstraße 8-14. Es besteht die Vermutung der Wertminderung meines Anwesens durch o.a. Einschränkungen. Meine Anregungen: Entlang der Grundstücke Mühlstraße 6 (ab Wendehammer) bis zur Mühlstraße 14 wird eine Parkanlage für die Nutzung der Einrichtung angelegt. Ein solcher Park wird auf der Internet-Seite des Hauses Rheinaue angeboten, ist aber nicht vorhanden. Der erhaltenswerte Nussbaum (Baum II. Ordnung) in Höhe Grundstücke Mühlstraße 8/10 wird in die Gestaltung einbezogen. Ansonsten erfolgt die Gestaltung gemäß der Artenliste. In das Gartenkonzept werden Innovationen wie z.B. „Bushaltestellen“ für Demenzkranke einbezogen. Mit der Betreiberin des Hauses Rheinaue besteht zu diesem Themenkomplex Gesprächsbereitschaft“.

Beschluss:

Die Abwägung zu den vorliegenden Stellungnahmen der Anlieger aus der Mühlstraße wird in einem Beschluss zusammengefasst:

Die zulässige Länge des Baukörpers und der Anbau an den Bestand sind bedingt durch die funktionalen und organisatorischen Betriebsabläufe der geplanten

Senioreneinrichtung. Die maximal mögliche Geschossigkeit und Höhe des Gebäudes ergeben sich aus dem Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen und orientieren sich an dem bereits vorhandenen Gebäude. Der im Bebauungsplan angegebene Abstand von 3 m zwischen der Grundstücksgrenze (Mühlstraße 8-14) und der Baugrenze des Seniorenheims ist als Mindestmaß zu verstehen. Der Bebauungsplan setzt ein Baufenster fest, in dessen Rahmen der neue Baukörper liegen darf. Unabhängig von den Festsetzungen des Bebauungsplans muss der Neubau des Seniorenwohnheims die gesetzlich definierten Abstandsflächen der Hessischen Bauordnung (HBO) einhalten. Diese Abstandsflächen werden im Bauantrag nachgewiesen. Damit sind die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse und Nachbarschützende Belange gewährleistet. Im öffentlichen Baurecht gibt es keinen Anspruch auf „Milieuschutz“ (Verwaltungsgerichtshof Hessen, U. v. 29.11.1989 – 4 TG 3185/89). Werden die nach Landesrecht erforderlichen Abstandsflächen eingehalten, gibt es auch keinen weiter gehenden Schutz vor Einblickmöglichkeiten. Hält ein Vorhaben die bauordnungsrechtlich erforderlichen Abstandsflächen ein, so ist eine ausreichende Belichtung, Besonnung und Belüftung auch für die Nachbarbebauung gewährleistet. Darüber hinaus ist für die angesprochenen Belange unter Bezug auf das Gebot der Rücksichtnahme kein Raum (Bundesverwaltungsgericht 22.11.1984 – 4 B 244/84). Ein Verstoß gegen das in § 15 Absatz 1 Baunutzungsverordnung enthaltene Rücksichtnahmegebot ist ausgeschlossen, wenn alle durch das Gebot geschützte, möglicherweise beeinträchtigten Belange auch durch spezielle bauordnungsrechtliche Regelungen geschützt sind und durch das Vorhaben deren Anforderungen genügt –(Bundesverwaltungsgericht, Urteil. v. 16.9.1993 -4 C 28.91). So verhält es sich bei der vorliegenden Planung.

Es handelt sich bei der geplanten Erweiterung des Seniorenwohn- und Pflegeheimes um eine Nutzung, die das Wohnen nicht wesentlich stört. Die Stadt Gernsheim trägt mit dem Planungsvorhaben dem gestiegenen Bedarf an Pflegeplätzen Rechnung. Damit ist die Aufstellung des Bebauungsplans aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit erforderlich. Die Planung entspricht dem Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme. Das Bebauungsplangebiet „Bleichstraße“ ist im vorbereitenden Flächennutzungsplan der Stadt Gernsheim aus dem Jahr 2005 als Wohnbaufläche dargestellt. Damit waren auch vor der Aufstellung des Bebauungsplanes Anlagen für soziale und gesundheitliche Zwecke hier grundsätzlich zulässig, da der Nutzungskatalog in § 4 der Baunutzungsverordnung solche Einrichtungen in allgemeinen Wohngebieten ausdrücklich vorsieht. Selbst in einem reinen Wohngebiet wären Einrichtungen zur Pflege und Betreuung von Bewohnern ausdrücklich zulässig (Verwaltungsgericht Aachen vom 15.03.2011). Anlagen für soziale Zwecke unterliegen nicht dem Anwendungsbereich der TA Lärm, sodass die Geräuschemissionen des geplanten Senioren- und Pflegeheims im Bauleitplanverfahren auch nicht schalltechnisch beurteilt werden müssen.

Die Stellplätze für den Erweiterungsbau des Seniorenwohnheims werden östlich des Gebäudes (also an der den Grundstücken Mühlstraße 8-14 abgewandten Seite) angeordnet und sind vorwiegend für Tagesbesucher vorgesehen, sodass spätabendliche oder gar nächtliche An- und Abfahrten nur ausnahmsweise erfolgen. Die bestehende Straße „Wasserscheide“ ist nur für den Anliegerverkehr und die Erschließung des Mischgebietes 1 (Ecke Bleichstraße/Wasserscheide) und als Versorgungs- sowie Rettungszufahrt der Senioreneinrichtung vorgesehen. Ein allgemeiner Durchgangsverkehr wird nicht eröffnet, sodass die Verkehrszahlen auf der ausgebauten „Wasserscheide“ begrenzt sind.

Der Bebauungsplan regelt die zulässige Art und das Maß der baulichen Nutzung. Festsetzungen zur Erhaltung oder zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen trifft der Bebauungsplan nicht, da es sich um eine flexibel gestaltete Angebotsplanung der Stadt Gernsheim handelt. Zudem besteht keine naturschutzrechtliche Ausgleichspflicht für einen Bebauungsplan der Innenentwicklung. Für die Freiflächen gelten die allgemeinen Vorgaben der Hessischen Bauordnung, wonach die unbebauten Grundstücksflächen zu begrünen und bepflanzen sind, soweit sie nicht für andere zulässige Verwendungen benötigt werden. Über den Erhalt des Nussbaums kann im Bauantragsverfahren entschieden werden, wenn genaue Angaben über Größe des Baukörpers, Baugrube, Baustelleneinrichtung etc. vorliegen. Der Baum wird jedenfalls im Bebauungsplan nicht festgesetzt, da er zu dicht an der zulässigen Baugrenze steht und auch kein gesetzliches Regelungserfordernis besteht.

Der Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau, Fachbereich Regionalentwicklung und Umwelt, Schreiben vom 27.09.2012

Bauleitplanung der Stadt Gernsheim Aufstellung des Bebauungsplanes „Bleichstraße“ - Teilbereich

Sehr geehrte Damen und Herren,

der folgenden Stellungnahme des Kreisausschusses des Kreises Groß-Gerau liegen die Einschätzungen der Fachdienste Regionalentwicklung, Bauaufsicht, Untere Wasserbehörde, Soziale Sicherung und Gefahren zugrunde.

- 1a Von Seiten des Fachdienstes **Regionalentwicklung** bestehen zur vorgelegten Planung keine grundsätzlichen Bedenken. Jedoch handelt es sich bei dem Gebiet südlich der Bleichstraße nach unserem GIS Stand um Wohnbaufläche. Es ist daher eine Berichtigung des FNP zwingend erforderlich.
- 1b Es wird aber dringend geraten, das Baufenster für das MI nochmals zu prüfen. Ob ein möglicherweise über 30,0 m breites Gebäude oder ein deutlich aus der Straßenflucht zurückspringendes Gebäude dem Zufall überlassen bleibt, wird als städtebaulich nicht wünschenswert angesehen.

Bauaufsicht:

- 1c Die Festsetzung der Geschossigkeit im MI 2 ist missverständlich. Der Zusatz ausgebautes Dachgeschoss ist irreführend und auch in der Planzeichenverordnung nicht vorgesehen. Ein zulässiges oberstes Nichtvollgeschoss ergibt sich aus den Regelungen der HBO, sofern keine Begrenzungen im Bebauungsplan vorgesehen werden.
- 1d Die angegebene abweichende Bauweise für das rückwärtige Baufenster ist u. E. nicht zutreffend. Das Baufenster hält, bezogen auf den Erschließungsweg, den Grenzabstand zu beiden Nachbargrenzen ein. Die Rückwärtige ist hiervon nicht berührt und durch die Regelung mittels Baulinie ebenfalls ausreichend definiert.
- 1e Da die erforderlichen Feuerwehrzufahrtsflächen, wie die übrigen Stellplatz- und Zufahrtsflächen, ebenfalls in der GRZ zu berücksichtigen sind, sollte die Planung bzw. die Grundstücksbildung hierzu nochmals überprüft werden.

1f Wir weisen daraufhin, dass vor Bauantragstellung die Bildung der neuen Flurstücke, entsprechend den Vorgaben des Bebauungsplans, zwingend erforderlich ist.

1g Nachfolgend aufgeführte **brandschutztechnische** Forderungen sind zu erfüllen bzw. werden vorgeschlagen:

Die Löschwasserversorgung für den Feuerwehreinsatz ist unter Anwendung der DVGW Arbeitsblätter W 405-Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung und W 331-Hydrantenrichtlinie sicherzustellen.

Für die Gewerbegebiete ist eine Löschwassermenge von 1600 l/min über einen Zeitraum von 2 Std. bereitzustellen.

Zur Löschwasserentnahme durch die Feuerwehr sind Überflurhydranten DN 150 nach DIN 3222 einzubauen. Der Hydrantenabstand sollte 120 Meter nicht überschreiten.

Das Rohrnetz ist so auszulegen, dass bei max. Löschwasserentnahme noch ein Fließüberdruck von mind. 1,5 bar an den Hydranten zur Verfügung steht.

Die Löschwasserleitungen sind als Ringleitungen auszuführen.

Liegt bei den zu errichtenden Gebäuden die Oberkante der Brüstung notwendiger Fenster oder sonstiger zum Anleitern bestimmter Stellen mehr als 8 m über Geländeoberfläche, so ist eine Feuerwehzufahrt mit Bewegungsflächen gem. der „Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ auf der öffentlichen Verkehrsfläche bzw. dem Grundstück herzustellen.

Feuerwehzufahrten mit Bewegungsflächen sind auf dem Grundstück auch herzustellen, wenn Gebäude ganz oder in Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind.

Bei Verkehrsberuhigungs- oder Bepflanzungsmaßnahmen auf öffentlichen Verkehrsflächen ist darauf zu achten, dass gem. § 4,5 und 13 HBO notwendige Feuerwehzufahrten und Aufstellflächen auf öffentlichen Verkehrsflächen uneingeschränkt nutzbar sind.

Sofern der zweite Rettungsweg für Gebäude über 8m Brüstungshöhe durch Hubrettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt werden muss ist zu gewährleisten, dass das erforderliche Hubrettungsgerät gem. Feuerwehrorganisationsverordnung in der Hilfsfrist von 10 Minuten zur Verfügung steht. Kann dies nicht gewährleistet werden, sind die Rettungswege generell baulich sicherzustellen. Auf die bauliche Sicherstellung der Rettungswege ist in den Bebauungsplänen verbindlich hinzuweisen.

Wir bitten, bei v. g. Planungen die zuständige Brandschutzdienststelle zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



(Hexemer)

Beschluss zu 1a:

Der Flächennutzungsplan wird zu einem späteren Zeitpunkt im Wege der Berichtigung gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB angepasst. Die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes wird durch die Abweichung vom Flächennutzungsplan nicht beeinträchtigt. Der Hinweis wird berücksichtigt. Änderungen am Bebauungsplan sind nicht erforderlich.

Beschluss zu 1b:

Bei dem Mischgebiet MI 1 handelt es sich um eine **Angebotsplanung** der Stadt Gernsheim für gewünschte soziale und gesundheitliche Einrichtungen ergänzt durch Wohnen, Geschäfte, Büro und kleinflächigen Einzelhandel. Damit können für das umliegende Wohngebiet und das angrenzende Seniorenheim wohnortnahe Angebote und Dienstleistungen geschaffen werden. Der Bebauungsplan schafft dafür die planungsrechtlichen Voraussetzungen. Eine städtebauliche Rahmenplanung oder konkrete Nutzungskonzepte/Investorenplanungen liegen hierfür noch nicht vor. Die Festsetzungen des Bebauungsplans für das MI 1 sind daher so offen gestaltet, dass auf künftige Nutzungskonzepte flexibel reagiert werden kann. Eine Abweichung von der im direkten Umfeld vorhandenen städtebaulichen

Struktur der Wohnbebauung wird zu Gunsten der gewünschten Mischgebietsnutzungen bewusst in Kauf genommen. Die bauliche Dichte wird durch die auf 0,5 begrenzte GRZ (Grundflächenzahl) in einem angemessenen Rahmen festgesetzt, die auch der ehemaligen Bebauung in dem Gebiet entspricht. Das Baufenster in der vorliegenden Planzeichnung eröffnet zumindest die Möglichkeit, ein Gebäude direkt auf die Straßenflucht zu setzen. Die städtebauliche Ordnung und das Ortsbild bleiben, betrachtet im Kontext des gesamten Stadtviertels, erhalten. Die Einwendungen sind daher zurückzuweisen.

Beschluss zu 1c:

In die Nutzungsschablone zum Mischgebiet 2 wurde der Zusatz zum ausgebauten Dachgeschoss „+D“ ursprünglich zur besseren Verständlichkeit für die Allgemeinheit aufgenommen. Der Zusatz wird gemäß Stellungnahme des Kreises in der Planzeichnung entfernt, da der Bebauungsplan in Verbindung mit der Hessischen Bauordnung die maximale zulässigen Vollgeschosse und Nichtvollgeschosse eindeutig regelt. Der Zusatz „+D“ ist entbehrlich und nicht rechtsverbindlich. Nach den Festsetzungen des Bebauungsplans ist im MI 2 ein Neubau mit maximal 3 Vollgeschossen zulässig. Das ausgebaute Dachgeschoss ist darüber hinaus zulässig, solange es gemäß den Vorgaben der Hessischen Bauordnung kein Vollgeschoss ist. Die Bebaubarkeit des MI 2 ändert sich daher durch die redaktionelle Korrektur der Planzeichnung nicht. Der Hinweis wird berücksichtigt. Der Eintrag wird in der Planzeichnung korrigiert.

Beschluss zu 1d:

Die Festsetzung einer abweichenden Bauweise bezieht sich auf die maximal zulässige Gebäudelänge von größer 50 m. Eine offene Bauweise kann deshalb für das MI 2 nicht festgesetzt werden. Die Einwendungen werden zurückgewiesen. Änderungen am Bebauungsplan sind nicht erforderlich.

Beschluss zu 1e:

Die GRZ-Berechnung wurde überprüft. Die zulässige überbaubare Fläche (definiert durch GRZ 0,5 für MI 1 und GRZ 0,6 für MI 2) ist für die geplanten Nutzungen ausreichend. Für Stellplätze, Zufahrten und Feuerwehrflächen besteht zudem die Überschreitungsmöglichkeit nach § 19 (4) der Baunutzungsverordnung, da diese im Bebauungsplan nicht explizit ausgeschlossen ist. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Änderungen am Bebauungsplan sind nicht erforderlich.

Kommentierung zu 1f:

Die neuen Flurstücke werden gebildet, nachdem der Bebauungsplan in Kraft getreten ist. Der Hinweis wird berücksichtigt. Änderungen am Bebauungsplan sind nicht erforderlich.

Beschlussfassung zu 1g

Die Hinweise zu den brandschutztechnischen Forderungen und Auflagen sind in der Begründung zum Bebauungsplan im Wesentlichen bereits enthalten. Die Formulierungen werden gemäß aktueller Stellungnahme redaktionell überarbeitet und ergänzt. Der Nachweis über die Einhaltung der brandschutztechnischen Forderungen erfolgt im Bauantragsverfahren und ist nicht Gegenstand des Bebauungsplans. Der Hinweis wird berücksichtigt. Die brandschutztechnischen

Forderungen werden in der Begründung und in den Hinweisen aktualisiert.

Regierungspräsidium Darmstadt



Regierungspräsidium Darmstadt · 64278 Darmstadt

Schöfferschaft Gernsheim
Der Magistrat
Postfach 1262
64574 Gernsheim

Unser Zeichen:
Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Ihre Ansprechpartnerin:
Zimmernummer:
Telefon/ Fax:
E-Mail:
Datum:

Az. III 31.2 - 61d 02/01-56
610.20 ba.pf - 0003 Bleichstr. (TöB)
30. August 2012
Eva Elisabeth Mahler
4.050
06151-12 8928 / 06151-12 8914
eva.mahler@rpda.hessen.de
2. Oktober 2012

Bauleitplanung der Schöfferschaft Gernsheim, Kreis Groß-Gerau

Aufstellung eines Bebauungsplans in der Gemarkung Gernsheim mit der Bezeichnung „Bleichstraße“ - (Teilbereich) als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a Baugesetzbuch

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der **Raumordnung und Landesplanung** nehme ich zu der vorgelegten Planung wie folgt Stellung:

Der Planbereich ist im wirksamen Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP) als Vorranggebiet Siedlung, Bestand dargestellt. Es werden daher aus regionalplanerischer Sicht keine Bedenken erhoben.

Aus der Sicht des **Naturschutzes und der Landschaftspflege** nehme ich wie folgt Stellung:

Da das Vorhaben keine Schutzgebiete berührt, bestehen aus naturschutzfachlicher Sicht keine Bedenken. Hinsichtlich weiterer naturschutzfachlicher Belange verweise ich auf die Stellungnahme der zuständigen unteren Naturschutzbehörde.

Aus Sicht der **Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt** nehme ich zu dem o.g. Bebauungsplanentwurf wie folgt Stellung:

Gegen den vorgelegten Bebauungsplanentwurf werden keine Einwendungen erhoben. Folgende Auflage und Hinweise bitte ich aufzunehmen:

2a Oberflächengewässer (Abflussregelung /Hochwasserschutz/Hydrologie)

2a Das Plangebiet liegt im überschwemmungsgefährdeten Gebiet (Risiko-Überschwemmungsgebiet) des Rheins, welches bei Überschreitung des Bemessungshochwassers überschwemmt werden oder die bei Versagen von Deichen oder vergleichbaren öffentlichen Hochwasserschutzeinrichtungen überschwemmt werden kann. In diesen Gebieten sind bei Sanierung und Neubau von Objekten Vorkehrungen zu treffen und, soweit erforderlich, bautechnische Maßnahmen vorzunehmen, um den Eintrag von wassergefährdenden Stoffen bei Überschwemmungen entsprechend dem Stand der Technik zu verringern (z. B. die hochwassersichere Heizöllagerung). Grundsätzlich empfiehlt es sich auch, weitere elementare Vorsorgemaßnahmen beim Bau, bei der Erweiterung und der Sanierung zu treffen, um das Schadensausmaß bei Überschwemmungen möglichst gering zu halten.

Hierzu zählen z. B.

- die Gebäude in statischer Hinsicht auf ein Hochwasser auszulegen,
- auf das Ausbauen von Untergeschossen ganz zu verzichten und sie so zu gestalten, dass keine Räume ohne Fluchtweg entstehen,
- Eingänge erhöht zum Gelände anzulegen,
- hochwassersichere Warenlager zu bauen,
- elektrische Verteileranlagen im Dachgeschoss zu installieren,
- in den unteren Geschossen Stein- und Keramikfußböden zu verwenden,
- Mobiliar mobil zu halten.

Im Rahmen der Bauleitplanung ist gemäß § 46, Abs. 2 Satz 2 HWG eine entsprechende Kennzeichnung des Gebietes im Planteil vorzunehmen. Der o. a. Hinweis ist zudem vollinhaltlich in die Satzung / Begründung zum Bebauungsplan aufzunehmen.

2b Grundwasser (Grundwasserschutz/Wasserversorgung)

Das Plangebiet liegt im Einflussbereich des Grundwasserbewirtschaftungsplanes Hessisches Ried. Im Rahmen der Umsetzung sind großflächige Grundwasseraufspiegelungen möglich, die bei einer künftigen Bebauung zu berücksichtigen sind. Im Einzelnen sind die Vorgaben des „**Grundwasserbewirtschaftungsplanes Hessisches Ried**“, mit Datum vom 9. April 1999 festgestellt und veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen „21 / 1999 S.1659“, zu beachten. Zu der o.a. Bauleitplanung in vorgelegter Form kann ich aus Sicht der Wasserwirtschaft / Grundwasserschutz keine abschließende Stellungnahme abgeben. Anhand der mir vorliegenden „**Grundwasserflurabstandskarten**“ ist im gesamten Planungsgebiet mit **sehr hohen** Grundwasserständen zu rechnen. Aufgrund der Vernässungsgefahr in Nassperioden und der Gefahr von Setzrissschäden in Trockenperioden halte ich eine kleinräumige detaillierte Untersuchung der gegenwärtigen und der zu erwartenden Grundwassersituation im geplanten Baugebiet in Form eines hydrogeologischen Gutachtens für unerlässlich.

Die daraus folgenden Ergebnisse sollten in zwingend notwendigen baulichen Vorkehrungen einbezogen werden, wie z.B. maximale Einbindetiefe der Gebäude, Aufschüttung des Geländes oder spezielle Gründungsmaßnahmen. Die Fläche muss gemäß § 9 Abs. 5 BauGB im Bebauungsplan als vernässungsgefährdete Fläche gekennzeichnet werden. Die Wasserversorgung ist durch das städtische Wasserwerk gesichert.

2c Bodenschutz

Gemäß § 1 (5) Satz 2 Nr. 1 und Nr. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen insbesondere die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung sowie die Belange des Bodens zu berücksichtigen. Bei der Aufstellung darf das Problem Bodenbelastungen nicht ausgeklammert werden. Es gilt bei der Beurteilung von Belastungen das bauleitplanerische Vorsorgeprinzip und nicht die Schwelle der Gefahrenabwehr. Der Träger der Bauleitplanung erzeugt ein Vertrauen, dass die ausgewiesene Nutzung ohne Gefahr realisierbar ist. Geht die Gemeinde Anhaltspunkten für Bodenbelastungen nicht nach, haben Eigentümer, Bauwillige und andere Betroffene ggf. Anspruch auf Schadensersatz.

In der vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz herausgegebenen Arbeitshilfe „Bodenschutz in der Bauleitplanung“ (Februar 2011) ist eine Datenquelle für Recherchen zum Thema Bodenschutz die Altflächendatei ALTIS des Hess. Landesamtes für Umwelt und Geologie (HLUG) angegeben.

Nach erfolgter Abfrage der Altflächendatei ist festzustellen, dass sich für das Plangebiet Einträge ergeben (siehe beiliegende Liste). Darunter befindet sich ein Betrieb, der gemäß Handbuch Altlasten, Band 2, Teil 4 des HLUG mit einem sehr hohen Gefährdungspotential für die Umwelt bewertet wird: Von 1985 – 1987 betrieb die Fa. Eugler einen Motorradhandel mit Reparatur von Zweirädern. Der ALTIS-Eintrag befindet sich auf dem Grundstück Bleichstraße 27.

Im Zuge des Bauleitplanverfahrens sind zur Abwägung einer möglichen Gefahr bei der Nutzung der Standorte mit hohem bzw. sehr hohem Gefährdungspotential Einzelfallrecherchen bzw. ggf. anschließende orientierende Untersuchungen gemäß der Handbücher Altlasten Band 3, Teil 1, bzw. Band 3, Teil 2 des HLUG durchzuführen. Die Einzelfallbewertung hat gemäß der Handbücher Altlasten, Band 5, Teil 1 zu erfolgen. Hierzu ist ein Fachgutachter in Altlastenfragen zu beauftragen. Das Ergebnis der Untersuchungen ist dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, Dezernat IV/Da 41.5; Bodenschutz vorzulegen. Erst nach Auswertung der Einzelfallbewertung kann darüber entschieden werden, ob ein weiterer Untersuchungsbedarf besteht und eine Orientierende Untersuchung erforderlich wird oder das Bauleitplanverfahren weiter fortgeführt werden kann. Erkenntnisse über Grundwasserschäden im Plangebiet liegen mir nicht vor.

Aus Sicht des Fachdezernats Immissionsschutz werden keine Bedenken und Anmerkungen gegen den Bebauungsplanentwurf vorgebracht.

- 2d Ich beteilige den **Kampfmittelräumdienst** im Rahmen von Bauleitplanverfahren ausnahmsweise nur dann, wenn von gemeindlicher Seite im Rahmen des Bauleitplanverfahrens konkrete Hinweise auf das mögliche Vorkommen von Kampfmitteln erfolgt sind. In dem mir von Ihnen zugeleiteten Bauleitplanverfahren haben Sie Hinweise gegeben, dass es keinen begründeten Verdacht im Plangebiet gibt. Deshalb habe ich den zentralen Kampfmittelräumdienst nicht beteiligt. Es steht Ihnen jedoch frei, den Kampfmittelräumdienst direkt zu beteiligen. Mündliche Anfragen können Sie an Herrn Schwetzler, Tel. 06151-125714, richten.

Beschluss zu 2a: Oberflächengewässer (Hochwasserschutz):

Das gesamte Bebauungsplangebiet ist in der Planzeichnung bereits als Risikoüberschwemmungsgebiet zeichnerisch gekennzeichnet. Ergänzend wird der Hinweis aus der Stellungnahme in die textlichen Festsetzungen und die Begründung zum Bebauungsplan vollständig übernommen. Die Hinweise werden berücksichtigt. Ein zusätzlicher Hinweis zu den Vorsorgemaßnahmen im überschwemmungsgefährdeten Gebiet wird im Bebauungsplan ergänzt.

Beschluss zu 2b: Grundwasser:

Der gesamte Geltungsbereich ist in der Planzeichnung bereits gekennzeichnet als Fläche, bei deren Bebauung technische oder bauliche Vorkehrungen gegen Grundwasserhöchststände erforderlich sind. Ergänzend werden zusätzliche Hinweise aus der Stellungnahme und Hinweise auf vorhandene Gutachten (siehe unten) in den Bebauungsplan übernommen. Ein gesondertes hydrogeologisches Gutachten für das Planungsgebiet muss im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens nicht erstellt

werden. Der Stadt Gernsheim liegt ein Gutachten zu Bemessungswasserständen für Bauwerksabdichtungen für das gesamte Stadtgebiet aus dem Jahr 2012 vor. Dieses Gutachten ist bei der Stadtverwaltung für jeden einsehbar und stellt Grundlagendaten für die Gründung und Abdichtung von Bauwerken bereit. Zudem liegt aus dem Jahr 2009 ein Baugrundgutachten für das Planungsgebiet vor, bei dem vier Sondierbohrungen erfolgten und Aussagen zu baulichen Maßnahmen bei sehr hohem Grundwasser getroffen wurden. Weitergehende Untersuchungen müssen bei Erfordernis im Zuge konkreter Objektplanungen erfolgen. Der Bebauungsplan gibt dazu ausreichende Hinweise. Die Hinweise werden teilweise berücksichtigt. Ein zusätzlicher Hinweis zu Vorsorgemaßnahmen im überschwemmungsgefährdeten Gebiet wird im Bebauungsplan ergänzt.

Beschluss zu 2c: Bodenschutz

Gemäß der Stellungnahme des RP Darmstadt wurde durch die Stadt Gernsheim eine fachtechnische Prüfung der Altstandorte veranlasst, die in der ALTIS-Datenbank der Hessischen Landesanstalt für Umwelt und Geologie verzeichnet sind. Eine Einzelfallbewertung war nur für den früheren Motorradhandel mit Reparaturwerkstatt erforderlich. Die Bewertung ergab keine Altlastenrelevanz auf dem Grundstück. Weitergehende Untersuchungen sind nicht erforderlich. Die Ergebnisse der fachtechnischen Prüfung wurden dem Dezernat Bodenschutz beim Regierungspräsidium Darmstadt mit dem Originalgutachten vorgelegt und in die Begründung zum Bebauungsplan eingearbeitet. Die Untersuchungsergebnisse werden in der Begründung zum Bebauungsplan ergänzt.

Beschluss zu 2d: Kampfmittelräumdienst

Der Stadt Gernsheim liegen für diesen Teil des Stadtgebietes keine Hinweise auf Kampfmittel oder Befunde aus anderen Bauvorhaben vor. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abfrage beim Kampfmittelräumdienst ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens.

Beschluss zu b)

Nachdem der Entwurf zur Aufstellung des Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Bleichstraße“ (Teilbereich) mit Begründung öffentlich ausgelegen hat, der Öffentlichkeit und den berührten Behörden sowie sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, beschließt die Stadtverordnetenversammlung den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans „Bleichstraße“ (Teilbereich) mit Begründung einschließlich der Aufnahme bauordnungsrechtlicher Festsetzungen gemäß § 5 HGO und § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplans als Satzung ortsüblich bekannt zu machen und die Rechtskraft herbeizuführen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der Fraktion GuD:

Ablehnung

Ja-Stimmen : 5 (GuD)

Nein-Stimmen : 17 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen)

Enthaltung : 6 (3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)

Die Abstimmung über die Ziffern a) und b) der Vorlage 0010/S/13 erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer a): Zustimmung

Ja-Stimmen : 17 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 5 (GuD)
Enthaltung : 6 (3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer b): Zustimmung

Ja-Stimmen : 17 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 5 (GuD)
Enthaltung : 6 (3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)

**4 Kenntnisnahme der Verfügung zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Haushaltssatzung 2013
Vorlage: 0025/S/13**

Die Ausführungen des Bürgermeisters sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim nimmt die Verfügung des Landrates des Kreises Groß-Gerau zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Haushaltssatzung 2013 zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Befürwortend zur Kenntnis genommen

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

**5 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage östlich der Ringstraße“;
a) Ergebnis der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB
b) Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs gemäß § 3 Absatz 2 BauGB
Vorlage: 0027/S/13**

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass während der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Bauleitplanung nach § 3 Absatz 1 BauGB in der Zeit vom 14.1. bis zum 4.2.2013 keine Anregungen oder Stellungnahmen seitens der Öffentlichkeit vorgebracht wurden.

Beteiligung der Behörden nach § 4 Absatz 1 Baugesetzbuch

Hessen Archäologie, Schloß/Glockenbau, Darmstadt, Stellungnahme vom 19.12.2012

Auszug: Hinweis auf Anzeige bei Bekanntwerden von Bodendenkmälern, Benachrichtigung vor Beginn der Erschließungsarbeiten

Beschluss:

Die Anzeige- und Benachrichtigungspflicht wird als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

HSE Technik Darmstadt, Stellungnahme vom 20.12.2012

Auszug: Gasversorgung des Planungsbereichs nur unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit. Die Entscheidung über Gas wird getroffen, wenn die Planung abgeschlossen ist und die Kosten feststehen. Nur noch dann gasseitige Erschließung durch den Rohrleitungsbau, wenn die Kommune die Tiefbauleistungen kostenfrei stellt.

Bei Anpflanzungsmaßnahmen im Bereich der Leitungstrasse müssen tief wurzelnde Bäume einen Mindestabstand von 2,5 m zu Versorgungsleitungen aufweisen. Bei Unterschreiten Absicherung der Leitungen gegen Wurzeleinwirkungen. Es wird beantragt, Leitungs- bzw. Baumschutzmaßnahmen in den planungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan aufzunehmen.

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Erfordernis von Abstandsflächen zu Pflanzmaßnahmen wird in den Bebauungsplan als Festsetzung aufgenommen.

Hessenwasser, Groß Gerau, Stellungnahme vom 7.1.2013

Auszug: Hinweis auf Anlagenteile des WHR im Plangebiet, Abtrennung und Stilllegung der Beregnungsleitung, Rückbau von Unterflurhydranten, Einbindung in die weitere Planung

Beschluss:

Der Leitungsverlauf ist bekannt. Hessenwasser wird rechtzeitig vor Beginn der Erschließungsarbeiten benachrichtigt, damit der Rückbau der teilortsfesten Beregnungsanlage und der Hydranten erfolgen kann.

Hessen Mobil, Straßen- und Verkehrsmanagement, Darmstadt, Stellungnahme vom 18.1.2013

Auszug: Keine grundsätzlichen Bedenken zum Bebauungsplan

Hinweis: Im Rahmen der Bauleitplanung ist den Ansprüchen einer integrierten Siedlungs- und Verkehrsplanung zu entsprechen, die Belange des ÖPNV sind zu berücksichtigen.

Empfehlung: ÖPNV-Verbindungen und ihre Erreichbarkeit in Planung einarbeiten.

Beschluss:

Die ÖPNV-Infrastruktur ist im südöstlichen Teil der Stadt Gernsheim etwas unterrepräsentiert. Ein Linienverkehr findet dort kaum statt. Zum Fahrplanwechsel 2011 wurde allerdings als erste Erschließungsmaßnahme in der Freiherr-vom-Stein-Straße eine Bushaltestelle errichtet und somit das dortige Quartier in das Liniennetz integriert. Eine künftige Erweiterung der Linienführung in diesem Bereich (bspw. über die Tannenstraße mit einer zusätzlichen Haltestelle in der südlichen Ringstraße) ist

denkbar.

Nach Auskunft der LNVG steht die Aktualisierung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Groß-Gerau an. Gerade im Südkreis seien weitere Anpassungen erforderlich, die dann auch zur besseren Erschließung des Neubaugebietes führen können.

Im Übrigen steht neben der genannten Haltestelle auch die Haltestelle „Hallenbad“ im Konrad-Adenauer-Ring in räumlich gut erreichbarer Nähe zur Verfügung. Diese Haltestelle wurde im Jahre 2008 behindertengerecht ausgebaut und genügt derzeit modernsten Ansprüchen an die ÖPNV-Infrastruktur. Die LNVG wird am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt.

Regierungspräsidium Darmstadt, Stellungnahme vom 13.12.2012

Aus Sicht der Raumordnung und Landesplanung nehme ich zu der vorgelegten Planung wie folgt Stellung:

Der Planbereich ist im wirksamen Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) als Vorranggebiet Siedlung, Planung dargestellt. Es werden **daher aus regionalplanerischer Sicht keine Bedenken** erhoben.

Aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege nehme ich wie folgt Stellung:

Da das Vorhaben keine Schutzgebiete berührt, bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinsichtlich weiterer naturschutzfachlicher Belange wie z.B. Artenschutz, verweise ich auf die Stellungnahme der zuständigen unteren Naturschutzbehörde.

Aus Sicht der **Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt** Darmstadt nehme ich zu dem o.g. Bebauungsplan wie folgt Stellung: Gegen den vorgelegten Bebauungsplanentwurf werden keine Einwendungen erhoben. Es bestehen Nachforderungen. Folgende Auflage und Hinweise bitte ich aufzunehmen.

Grundwasser (Grundwasserschutz/Wasserversorgung)

Das Plangebiet liegt im Einflussbereich des Grundwasserbewirtschaftungsplanes Hessisches Ried. Im Rahmen der Umsetzung sind großflächige Grundwasseraufspiegelungen möglich, die bei einer künftigen Bebauung zu berücksichtigen sind. Im Einzelnen sind die Vorgaben des „**Grundwasserbewirtschaftungsplanes Hessisches Ried**“, mit Datum vom 9. April 1999 festgestellt und veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen „21 / 1999 S.1659“, zu beachten. Zu der o.a. Bauleitplanung in vorgelegter Form kann ich aus Sicht der Wasserwirtschaft

/ Grundwasserschutz keine abschließende Stellungnahme abgeben. Anhand der mir vorliegenden „**Grundwasserflurabstandskarten**“ ist im gesamten Planungsgebiet mit **sehr hohen** Grundwasserständen zu rechnen. Aufgrund der Vernässungsgefahr in Nassperioden

und der Gefahr von Setzrissschäden in Trockenperioden halte ich eine kleinräumige detaillierte Untersuchung der gegenwärtigen und der zu erwartenden Grundwassersituation im geplanten Baugebiet in Form eines hydrogeologischen Gutachtens für unerlässlich. Die daraus folgenden Ergebnisse sollten in zwingend notwendigen baulichen Vorkehrungen einbezogen werden, wie z.B. maximale

Einbindetiefe der Gebäude, Aufschüttung des Geländes oder spezielle Gründungsmaßnahmen. Die Fläche muss gemäß § 9 Abs. 5 BauGB im Bebauungsplan als vernässungsgefährdete Fläche gekennzeichnet werden. Die Wasserversorgung (siehe Kapitel 6.4) ist durch das städtische Wasserwerk gesichert. Ich weise darauf hin, dass eine mögliche Versickerung nur dann zulässig ist, wenn die Sickerstrecke gemäß ATV-DVWK A 138 auf den höchsten Grundwasserstand eingehalten wird.

Bodenschutz

Aus der Altflächendatei ALTIS des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie ergeben sich für den Plangeltungsbereich **keine Hinweise auf das Vorhandensein von Altflächen** (Altstandorte, Abtlagerungen), schädliche Bodenveränderungen und/oder Grundwasserschäden. Von meiner Seite bestehen somit nach derzeitigem Kenntnisstand keine Bedenken gegen das o. a. Vorhaben. Ich bitte, folgenden Hinweis in die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan aufzunehmen: Bei allen Baumaßnahmen, die einen Eingriff in den Boden erfordern, ist auf organoleptische Auffälligkeiten zu achten. Ergeben sich bei den Erdarbeiten Kenntnisse, die den Verdacht einer schädlichen Bodenverunreinigung begründen, sind diese umgehend der zuständigen Behörde, dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, Dezernat IV/Da 41.5, Bodenschutz, mitzuteilen. Darüber hinaus ist ein Fachgutachter in Altlastenfragen hinzuzuziehen. Schädliche Bodenverunreinigungen im Sinne des § 2 Abs.3 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen. Die Belange des Dezernates 41.5 sind in der Begründung zum Bebauungsplan hinreichend berücksichtigt.

Immissionsschutz

Nach den Aussagen in der Begründung Ziffer 5 zum Immissionsschutz werden die Orientierungswerte für ein WA nach der DIN 18005 am Tag zum Teil um 10 dB (A) und in der Nacht sogar um 23 dB (A) überschritten. Ein Aufenthalt im Freien in der Nachtzeit ist somit ausgeschlossen, aber auch am Tag im Freien ist es am südöstlichen Randbereich aufgrund des vorhandenen Verkehrslärms eigentlich nicht möglich. Im Umweltbericht gibt es dazu keine weiteren Ausführungen. Die vorgeschlagenen Lärmpegelbereiche sollten Bestandteil des Bauleitplans sein bzw. tabellarisch in der textlichen Festsetzung zum Bauleitplan mit aufgenommen werden. Ich rege weiterhin an, dass darauf geachtet wird, dass schutzbedürftige Räume nur auf den Lärmquellen abgewandten Seiten errichtet werden dürfen. Die Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB ist hinsichtlich meines Aufgabengebietes ausreichend, es sind aber noch ausführlich die Außenwohnbereiche mit in die Lärmbetrachtung einzubeziehen. Aus Sicht des Fachdezernats **Oberflächengewässer** werden keine Bedenken und Anmerkungen gegen den Bebauungsplanentwurf vorgebracht. Ich beteilige den **Kampfmittelräumdienst** im Rahmen von Bauleitplanverfahren ausnahmsweise nur dann, wenn von gemeindlicher Seite im Rahmen des Bauleitplanverfahrens konkrete Hinweise auf das mögliche Vorkommen von Kampfmitteln erfolgt sind. In dem mir von Ihnen zugeleiteten Bauleitplanverfahren haben Sie Hinweise gegeben, dass es keinen begründeten Verdacht im Plangebiet gibt. Deshalb habe ich den zentralen Kampfmittelräumdienst nicht beteiligt.

Zu Grundwasser (Grundwasserschutz/Wasserversorgung)

Beschluss:

Der gesamte Geltungsbereich ist in der Planzeichnung als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung technische oder bauliche Vorkehrungen gegen Grundwasserhöchststände erforderlich sind. Ergänzend werden zusätzliche Hinweise aus der Stellungnahme und Hinweise auf vorhandene Gutachten (siehe unten) in den Bebauungsplan übernommen. Ein gesondertes hydrogeologisches Gutachten für das Planungsgebiet muss im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens nicht beauftragt werden. Der Stadt Gernsheim liegt ein vom Büro BGS Umwelt, Darmstadt erstelltes Gutachten zu Bemessungswasserständen für Bauwerksabdichtungen für das gesamte Stadtgebiet aus dem Jahr 2012 vor. Dieses Gutachten ist bei der Stadtverwaltung für jeden einsehbar und stellt Grundlagendaten für die Gründung und Abdichtung von Bauwerken bereit.

Für das vorgesehene Baugebiet „Wohnanlage Östlich der Ringstraße“ wurden zudem geotechnische Untersuchungen durchgeführt, ausgewertet und im Geotechnischen Bericht Nr. 20120105 des Dipl.-Ing. Stefan Brill, Darmstadt zusammengefasst. Im vorgenannten Bericht wird auch - speziell im Hinblick auf die Erschließung - die Grundwassersituation beschrieben. Die Grundwassersituation stellt sich gemäß Gutachter wie nachfolgend beschrieben dar:

Das Grundwasser im Planungsgebiet ist anthropogen durch Grundwasserentnahmen der Wasserversorgung beeinflusst. Nach Auswertung von Unterlagen des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie (HLUG) entspricht der bei den Baugrunduntersuchungen in 2012 angetroffene Pegel mit 85,80 m+NN etwa einem „Normalwasserstand“. Seitens des Gutachters wird empfohlen, für die Bauzeit ein GW-Niveau bis 86,50 zugrunde zu legen. Für Erschließungsmaßnahmen innerhalb des Baugebiets wird daher nicht mit der Erfordernis einer Grundwasserhaltung gerechnet. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass eine Grundwasserhaltung für die Auswechslung der Kanäle im Bestand (Ringstraße) erforderlich wird. Der im Süden des Planungsgebietes hergestellte Pegel sollte über die Bauzeit hinweg beobachtet werden.

Für den langzeitlichen Bemessungswasserstand kann davon ausgegangen werden, dass es wenig wahrscheinlich ist, dass die Grundwasserentnahmen für die Wasserversorgung in absehbarer Zeit eingestellt oder in erheblichem Maß verringert werden. Bei einer mittleren geplanten Straßenhöhe von 90,30 m+NN ergibt sich ein Niveau der OK Bodenplatte von 88,25 m+NN. Seitens des Gutachters wurde der für eine Vernässungsgefahr angegebene Wasserstand von 87,00 m +NN übernommen. Es ergibt sich ein Abstand zwischen UK Bodenplatte und Bemessungswasserstand von rd. 95 cm. Somit besteht unter Zugrundelegung der HLUG-Daten keine akute Vernässungsgefahr für Gebäude im NBG. Auch bei sehr hohen GW-Ständen, wie z.B. im April 2001, wäre das Bauwerk trocken geblieben.

Gleichwohl muss darauf hingewiesen werden, dass es keinen umfassenden Plangewährleistungsanspruch gibt. Ein Bebauungsplan vermag kein allgemeines Vertrauen dahin zu begründen, dass das Bauland nach Bodenbeschaffenheit und Bodenstruktur für die Bebauung uneingeschränkt geeignet ist. Die typischen Baugrundrisiken fallen vielmehr in den Risikobereich der Bauherren. Der Bauherr

muss im Zuge der fachgerechten Planung und Errichtung seines Bauvorhabens im eigenen Interesse Baugrundrisiken aufklären (OLG Düsseldorf, Urteil v. 18.12.2002).

Zu Bodenschutz

Beschluss:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Regierungspräsidium die Belange des Bodenschutzes ausreichend in der Bauleitplanung berücksichtigt sieht.

Zu Immissionsschutz

Beschluss:

Nach den Ergebnissen der schalltechnischen Untersuchung des Ingenieurbüros Dr. Gruschka, vertreten durch Herrn Dr. Frank Schaffner, Darmstadt, (Bericht Nr. 12-2351 vom 15.06.12) zu dem geplanten Baugebiet wird selbst bei freier Schallausbreitung im Tagzeitraum im überwiegenden Teil des Baugebietes der Orientierungswert der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) eingehalten. Lediglich am südwestlichen und am südöstlichen Rand kommt es zu Orientierungswertüberschreitungen um bis zu 10 bzw. 5 dB(A). Durch die Eigenabschirmung der zukünftigen Bebauung im Baugebiet wird es an den von den Verkehrswegen abgewandten Gebädefassaden zu deutlich niedrigeren Lärmeinwirkungen kommen. Dies gilt selbstverständlich auch für die Lärmeinwirkungen im Nachtzeitraum. Da die Orientierungswertüberschreitungen im Baugebiet vorwiegend nachts auftreten, nachts jedoch keine Nutzung der Außenwohnbereiche (Gärten, Terrassen, Balkone) erfolgt, kann das in der DIN 18005 formulierte Ziel "Schutz der Außenwohnbereiche" auf das Ziel "Schutz der Aufenthaltsräume" hin verlagert werden. Aufenthaltsräume in Gebäuden können wirksam durch passive Maßnahmen geschützt werden. In diesem Fall kann auf zusätzliche aktive Schallschutzmaßnahmen verzichtet werden (z. B. Lärmschutzwände). Zur Konfliktbewältigung der auf das Baugebiet einwirkenden Verkehrsgeräusche wurden in der schalltechnischen Untersuchung verschiedene Schallschutzkonzepte geprüft. Hierbei stellte sich heraus, dass folgende Schallschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem geplanten Vorhaben geeignet sind:

- Freihalten des Flurstücks Nr. 118/3 südlich der Ringstraße von Wohnbebauung.
- Fenster von Schlafräumen und Kinderzimmern der Wohnungen am südlichen Baugebietsrand an die Nordfassaden legen, um die Eigenabschirmung der Bebauung auszunutzen.
- Die gemäß DIN 4109 bei freier Schallausbreitung ermittelten Lärmpegelbereiche (LPB) betragen im gesamten Baugebiet:
für Schlafräume und Kinderzimmer: LPB IV
für alle übrigen schutzbedürftigen Räume (z. B. Wohnzimmer): LPB II.
Die Lärmpegelbereiche bilden die Grundlage für den objektbezogenen Schallschutznachweis nach DIN 4109 gegen Außenlärm, d. h. für die Bemessung der Schalldämmung von z. B. Fenstern.
 - Ausstatten von Schlafräumen und Kinderzimmern mit schalldämmenden Lüftungseinrichtungen.

Aus alle dem ergibt sich, dass der Schallschutz in der Bauleitplanung sachgerecht

berücksichtigt und abgewogen wurde.

Zu Kampfmittelräumdienst

Beschluss:

Der Stadt Gernsheim liegen keine Hinweise auf das mögliche Vorkommen von Kampfmitteln im Plangebiet vor.

Kreisausschuss Kreis Groß Gerau, Stellungnahme vom 14.1.2013 und Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Abt. Ländlicher Raum

Der folgenden Stellungnahme des Kreisausschusses des Kreises Groß-Gerau liegen die Einschätzungen der Fachdienste Regionalentwicklung, Bauaufsicht, Untere Naturschutzbehörde, Untere Wasserbehörde, Immissionsschutz, Gefahrenabwehr und Jugend und Schule zugrunde. Die Stellungnahme der Hauptabteilung Ländlicher Raum des Landkreises Darmstadt-Dieburg, welche die Belange der Landwirtschaft und der Feldflur im Kreis Groß-Gerau vertritt, liegt als Anlage bei.

Aus der Sicht des **Naturschutzes und der Landschaftspflege** bestehen gegen den Entwurf des o. g. Bebauungsplanes im Grundsatz **keine Bedenken**. Das Thema **Artenschutz ist sehr ordentlich** und nachvollziehbar aufgearbeitet, unterliegt jedoch nicht der planerischen Abwägung.

Deshalb sind die in der Begründung unter Punkt 10 genannten Kompensations- und Artenschutzmaßnahmen, die außerhalb des Plangebietes liegen, vollständig (einschließlich des artenschutzrechtlichen Monitoring) in den Bebauungsplan als Darstellungen (weiterer Geltungsbereich) und Festsetzungen zu übernehmen.

Ansonsten kann die Legalausnahme des § 44 Abs. 5 BNatSchG

nicht angenommen werden. Alternativ kann eine vertragliche Regelung zum Tragen kommen, die dann als Hinweis im Bebauungsplan aufzunehmen wäre. Der Vertragsabschluss sollte schon vor dem Satzungsbeschluss erfolgen, da die sogenannten „CEF-Maßnahmen“ bereits vor Beginn der Gebietsentwicklung greifen müssen. Das Ausgleichsdefizit in Höhe von ca. 40.900 Biotopwertpunkten wird dem Ökokonto der Stadt zum Abzug gebracht und der Maßnahme Streuobstwiese „Die Wachsäcker“ zugeordnet.

Die externen Kompensationsmaßnahmen werden in Natureg eingetragen (§ 4 HAGBNatSchG). Gegen eine Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen aus Sicht des **Immissionsschutzes** in Bezug auf die Nutzung des Bolzplatzes angrenzend an ein reines bzw. an allgemeine Wohngebiete Bedenken. Folgende Anregungen bitten wir zu berücksichtigen:

Mangels schalltechnischer Untersuchung kann in vorliegendem Fall nicht beurteilt werden, ob die Richtwerte des geplanten Wohngebietes als bzw. die Richtwerte, die für die vorhandenen Wohngebiete anzuwenden sind (WA und WR), eingehalten sind. Des Weiteren empfehlen wir bei der Errichtung des Bolzplatzes den Stand der Lärminderungstechnik, insbesondere bei der Aufstellung der Geräte, einzuhalten. Der Fachbereich Jugend- und Schule, Fachdienst **Kindertagesbetreuung** nimmt wie folgt Stellung:

In dem vorliegenden Bebauungsplan zur "Wohnanlage östlich der Ringstraße" der Schöffersstadt Gernsheim ist die Anzahl der tatsächlichen Wohneinheiten nicht angegeben. Mit der Legende des Bebauungsplans kommen wir auf eine Anzahl von 115 Wohneinheiten. Basierend auf dieser Grundlage ergibt sich eine erforderliche Zahl von zusätzlich 27 Plätzen für 1 bis 6-Jährige, davon 5 Plätze für 1 bis 3-Jährige

und 22 Plätze für 3 bis 6-Jährige. Die Plätze für 1 bis 3-Jährige müssten neu geschaffen werden, während die Plätze für die 3 bis 6-Jährigen - nach bisherigem Stand - mittels der Wiedereröffnung der vierten Gruppe in der Katholischen Kindertagesstätte St. Marien zur Verfügung gestellt werden könnten.

Nachfolgend aufgeführte **brandschutztechnische** Forderungen sind zu erfüllen bzw. werden vorgeschlagen: Die Löschwasserversorgung für den Feuerwehreinsatz ist unter Anwendung der DVGW Arbeitsblätter W 405-Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung und W 331- Hydrantenrichtlinie sicherzustellen.

Für die geplante Bebauung ist eine Löschwassermenge von 1600 l/min über einen Zeitraum von 2 Std. bereitzustellen. Zur Löschwassarentnahme durch die Feuerwehr sind Unterflurhydranten DN 80 nach DIN 3221 einzubauen. Der Hydrantenabstand sollte 120 Meter nicht überschreiten.

Unterflurhydranten sind durch Hinweisschilder nach DIN 4066 Teil1 deutlich sichtbar zu kennzeichnen.

Die Entfernung der Hinweisschilder zum Hydranten sollte im Regelfall nicht mehr als 5 Meter betragen. Das Rohrnetz ist so auszulegen, dass bei max.

Löschwassarentnahme noch ein Fließüberdruck von mind. 1,5 bar an den Hydranten zur Verfügung steht. Die Löschwasserleitungen sind als Ringleitungen auszuführen.

Liegt bei den zu errichtenden Gebäuden die Oberkante der Brüstung notwendiger Fenster odersonstiger zum Anleitern bestimmter Stellen mehr als 8 m über Geländeoberfläche, so ist eine Feuerwehzufahrt mit Bewegungsflächen gem. der „Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ auf der öffentlichen Verkehrsfläche bzw. dem Grundstück herzustellen. Feuerwehzufahrten mit Bewegungsflächen sind auf dem Grundstück auch herzustellen, wenn Gebäude ganz oder in Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind.

Bei Verkehrsberuhigungs- oder Bepflanzungsmaßnahmen auf öffentlichen Verkehrsflächen ist darauf zu achten, dass gem. § 4,5 und 13 HBO notwendige Feuerwehzufahrten und Aufstellflächen auf öffentlichen Verkehrsflächen uneingeschränkt nutzbar sind. Es wird darum gebeten, bei v. g. Planungen die zuständige Brandschutzdienststelle zu beteiligen.

Der **Landwirtschaftliche Fachplan Südhessen** — eine Fachplanung des Landes Hessen — stellt den geplanten Siedlungsbereich als besonders wertvolle Fläche (hohe Nutzungseignung für den Ackerbau) für die Landwirtschaft dar. Auf Grund der Festsetzungen des Regionalplans Südhessen 2010 und des Flächennutzungsplanes wurden die öffentlichen Belange der Landwirtschaft

/ Feldflur bereits abgewogen, insoweit stelle ich meine grundsätzlichen Bedenken zurück. Hinsichtlich der zur Verbesserung der Lebensraumsituation des Rebhuhns vorgesehenen Ersatzhabitate (Umwandlung der Ackerflächen in Brachfläche) in der Gemarkung Gernsheim, Flur 5 Nr. 22 und 23 bestehen erhebliche Bedenken. Beide Grundstücke sind im Landwirtschaftlichen

Fachplan Südhessen als besonders wertvolle Fläche (hohe Nutzungseignung für den Ackerbau) für die Landwirtschaft dargestellt. Nach § 15 Abs. 3 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) ist bei der Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen. Die Umsetzung dieser Rücksichtnahme auf agrarstrukturelle Belange ist in den Planunterlagen zu dokumentieren. Diese Dokumentation, die auch eine Prüfung von Alternativen beinhaltet, ist aus den vorgelegten Unterlagen allerdings nicht

ersichtlich. Wir bitten dies nachzuholen

Zu Naturschutz- und Landschaftspflege

Beschluss:

Für die durchzuführenden Kompensations- und Artenschutzmaßnahmen stimmt die Stadt Gernsheim dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Groß Gerau zu. Durch den Abschluss des Vertrags werden die von der Stadt Gernsheim bereit gestellten Grundstücksflächen mit einer Zweckbindung zu Gunsten des Natur- und Artenschutzes auf Dauer belegt. Der Vertrag soll der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vor dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan für die vorgesehene „Wohnanlage östlich der Ringstraße“ vorgelegt werden.

Zu Immissionsschutz

Beschluss:

Der seit Jahren vorhandene Bolzplatz an der Ringstraße wurde bewusst nur mit einem einfachen Standard ausgestattet (2 Tore, 1 Basketballkorb), um insbesondere Beeinträchtigungen in den Abend- und Nachtstunden durch eine zweckfremde Nutzung auszuschließen. Der Bolzplatz ist gedacht für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres.

Bolzplätze sind in einem Allgemeinen Wohngebiet als Anlagen für sportliche und soziale Zwecke grundsätzlich zulässig. Am Standort des Bolzplatzes wird festgehalten. Er soll auch weiterhin als „Ventil“ für den sportlichen Bewegungsdrang der genannten Altersgruppe dienen. Sollte es dennoch künftig zu erheblichen Lärmbelästigungen kommen, so wird die Stadt Gernsheim zur Einhaltung einer Benutzungsordnung Sorge tragen müssen. Bis dahin gilt es auf die Grundsatzentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 30.11.99 zu Bolzplätzen zu verweisen: „Solange aber eine Lärminderung durch technische Vorrichtungen oder Kontrollen erreicht werden kann, ist eine Beseitigung der Anlage mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar.“

Zu Kindertagesbetreuung

Beschluss:

Die Stadt Gernsheim plant aktuell in räumlicher Nähe des geplanten Neubaugebiets durch Anbau an die bereits bestehende vierzügige Kinderkrippe am Konrad-Adenauer-Ring 5 einen Neubau mit drei Betreuungsgruppen. Ebenfalls in räumlicher Nähe wird die Wiederinbetriebnahme einer vierten Gruppe in der Katholischen Kindertagesstätte geklärt, sobald der reale Bedarf definitiv erkennbar wird. Hierzu wurden bereits Gespräche mit dem Träger dieser Einrichtung geführt, um die Ausweitung zu gegebener Zeit vornehmen zu können.

Zu Brandschutztechnische Forderungen

Beschluss:

Die brandschutztechnischen Forderungen werden beachtet und in die Erschließungsplanung eingearbeitet. Auch die Anregungen der am Verfahren beteiligten Freiwillige Feuerwehr Gernsheim (Hydranten-Empfehlungen) werden in der Planung berücksichtigt.

Zu Landwirtschaft

Beschluss:

Die Entwicklung einer Brachfläche auf den derzeit noch ackerbaulich genutzten Parzellen Nr. 22 und 23, Flur 5 Gemarkung Gernsheim, beruht auf den Aussagen und Forderungen des artenschutzrechtlichen Fachgutachtens. Danach ist für das Rebhuhn, das am südwestlichen Rand des Planungsgebiets mit zwei Brutpaaren festgestellt wurde, im funktionalen Umfeld ein Ausgleich zu schaffen, womit die Legalausnahme des § 44 Abs. 5 BNatSchG bewirkt wird. Aufgrund des Umstands, dass zwischen der im Süden an die Ackerflächen angrenzenden Sukzessions- und Gehölzfläche (Parzelle 24; Flur 5) und dem südwestlichen Rand des Planungsvorhabens auch Austauschbewegungen dieser Art stattfinden, wurde diese Entwicklungsmaßnahme (als CEF-Maßnahme) vorgesehen. Alternativen sind aufgrund der artenschutzfachlichen Anforderungen nicht gegeben. Darüber hinaus sind artenschutzfachliche Belange nicht abwägungsfähig.

Zur Verminderung des Bedarfs für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen greift die Stadt Gernsheim auf ihr Ökokonto zurück, und lässt fast 41.000 Wertpunkte abbuchen. Es handelt sich dabei um freiwillige vorlaufende Naturschutzmaßnahmen, die seitens der Stadt Gernsheim ganz überwiegend auf Flächen realisiert wurden, die für die Landwirtschaft von einer eher nachrangigen Bedeutung in der Bewirtschaftung waren.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass die benannten Flurstücke im genehmigten Flächennutzungsplan der Stadt Gernsheim ebenfalls als geplantes Wohngebiet dargestellt sind.

Beschlussfassung zu b)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem erstellten Entwurf zur Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage östlich der Ringstraße“ einschließlich Begründung und der bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen zur öffentlichen Entwurfsauslegung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB und zur (nochmaligen) Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB zu.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer a): Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 GuD, 3 SPD, 2 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (GuD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer b): Zustimmung

Ja-Stimmen : 27 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 GuD, 3 SPD, 2 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (GuD)

6 Neufassung Taxentarif Vorlage: 0031/S/13

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die als Anlage beigefügte Verordnung der Schöfferstadt Gernsheim über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen – Taxentarif –.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**7 Kunstgestaltung der Bahnunterführung "Karlstraße" durch hiesige Schule
hier: Gemeinsamer Antrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion vom 05.09.2012
sowie Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2012 und
Änderungsantrag der Fraktion GuD vom 02.03.2013
Vorlage: 0218/S/12**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt schlug im Rahmen der Aussprache im Ausschuss für JKSS vor, über die TOP 2+3 in der nächsten Sitzungsrunde abzustimmen bzw. wäre es seiner Meinung nach sinnvoll, die bestehenden Anträge (Vorlage 0218/S/12 + 0220/S/12) zurückzuziehen und aufgrund der neu gewonnenen Erkenntnisse durch den Vortrag von Frau Mohr von der Stadtverwaltung Raunheim einen neu formulierten Antrag der SPD-, FDP- und FWG-Fraktion vorzulegen.

Herr Jan Deboy erklärte im Ausschuss für JKSS für die Antragsteller, dass er mit der Verfahrensweise einverstanden ist und zieht den gemeinsamen Antrag der FWG-, SPD- und FDP-Fraktion zurück. Für die Antragsteller kündigt er an, einen entsprechend zusammengefassten Antrag vorzulegen. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist somit ebenfalls erledigt.

Auch Herr Weckerle zog im Ausschuss für JKSS für die Fraktion GuD den Änderungsantrag, eingegangen am 10.03.2013, zurück.

**8 Graffiti-Kunst in Bahnunterführungen durch Gernsheimer Jugendliche
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 06.09.2012 sowie Änderungsantrag der
Fraktion GuD vom 02.03.2013
Vorlage: 0220/S/12**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt schlug im Rahmen der Aussprache im Ausschuss für JKSS vor, über die TOP 2+3 in der nächsten Sitzungsrunde abzustimmen bzw. wäre es seiner Meinung nach sinnvoll, die bestehenden Anträge (Vorlage 0218/S/12 + 0220/S/12) zurückzuziehen und aufgrund der neu gewonnenen Erkenntnisse durch den Vortrag von Frau Mohr von der Stadtverwaltung Raunheim einen neu formulierten Antrag der SPD-, FDP- und FWG-Fraktion vorzulegen.

Herr Jan Deboy erklärte im Ausschuss für JKSS für die SPD-Fraktion, dass er mit der Verfahrensweise einverstanden ist und zieht den Antrag zurück. Für die Antragsteller kündigt er an, einen entsprechend zusammengefassten Antrag vorzulegen.

Auch Herr Weckerle zog im Ausschuss für JKSS für die Fraktion GuD den

Änderungsantrag, eingegangen am 10.03.2013, zurück.

9 Einrichtung eines "Gernsheimer Kulturweges"
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2013
Vorlage: 0014/S/13

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Unabhängig, möglicherweise auch bereits im Vorgriff zu den Untersuchungsergebnissen der TUD und der Fa. Eigler wird der Magistrat der Schöffersstadt Gernsheim gebeten, einen Kulturweg z.B. von der Rheinpromenade durch die Magdalenenstraße über den Stadtplatz bis zur ev. Kirche zu erarbeiten und einzurichten.

Begleitend hierzu ist eine Broschüre zu erstellen. Dabei sind kulturhistorisch interessierte und bewanderte Bürgerinnen und Bürger einzubinden.

Die Finanzierung ist durch die bereitgestellten Mittel im Produkt 28101, Teilposition 13 gesichert.

Im Rahmen der Aussprache im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales am 06.03.2013 wurde einvernehmlich vereinbart, dass der Antrag in die nächste Sitzungsrunde geschoben wird.

Herr Kaspar erklärte im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales für die CDU-Fraktion, dass er mit der Zurückstellung in die nächste Sitzungsrunde einverstanden ist.

10 Erhebung einer Leihgebühr oder einer Jahresgebühr in der Stadtbücherei für Ausleihen
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 06.02.2013
Vorlage: 0029/S/13

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöffersstadt Gernsheim wird gebeten alternativ zu prüfen, welche Einnahmen erwirtschaftet werden können, wenn

1. eine Jahresgebühr von 12,-- € von den Entleihern bei der Ausgabe einer Jahresleihkarte vereinnahmt würden?
2. ein Entgelt von -,50 € pro ausgeliehenem Medium vereinnahmt würde?

Bei den Modellberechnungen sollen die Kinder bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 von einer Entgeltzahlung freigestellt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 17 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 11 (5 GuD, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Enthaltung : -

11 Tag der Rettungsdienste am 09.06.2013 hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 06.02.2013 sowie Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2013 Vorlage: 0030/S/13

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Es bietet sich an, den "Tag der Rettungsdienste" in seiner inhaltlichen Bedeutung zu erweitern um den Themenbereich "Sicherheit". Für Präsentationen und präventive Beratungen zu diesem Themenbereich können angefragt werden die Polizei in Rüsselsheim, private Sicherheitsanbieter etc..

Des weiteren wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet darum den vorliegenden Antrag um den Themenbereich „Rauchmelder in Wohnungen/ Rauchmelderpflicht in Hessen" zu ergänzen.

Im Rahmen der Aussprache wurde einvernehmlich vereinbart, dass „private Sicherheitsanbieter“ aus dem Beschlusstext herausgenommen wird.

Der Beschlusstext lautet nun wie folgt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Es bietet sich an, den "Tag der Rettungsdienste" in seiner inhaltlichen Bedeutung zu erweitern um den Themenbereich "Sicherheit". Für Präsentationen und präventive Beratungen zu diesem Themenbereich können beispielweise die Polizei angefragt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der CDU-Fraktion : Zustimmung

Ja-Stimmen : 23 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 3 (GuD)
Enthaltung : 2 (GuD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen : Zustimmung

Ja-Stimmen : 23 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 SPD, 2 FWG, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 3 (GuD)
Enthaltung : 2 (GuD)

12 Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über den Leinenzwang während der Brut- und Setzzeit
Vorlage: 0037/S/13

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die als Anlage beigefügte Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über den Leinenzwang während der Brut- und Setzzeit nebst Lageplan als normativer Bestandteil der Satzung mit Wirkung ab dem 15.3.2013.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt schließt um 20:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nicht öffentlichen Teil, nachdem die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie der Vertreter der Presse den Sitzungssaal verlassen haben.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stadtverordnetenvorsteher

Schriftführerin